

Linkes Blatt DIE LINKE.

2. Ausgabe / 25. Jahrgang

Für Halle

10. Februar 2015

Gemeinsame Klausur in Wittenberg von Landesvorstand und Landtagsfraktion

Birke Bull und Wulf Gallert zu den Ergebnissen:

I. DIE LINKE regiert

DIE LINKE regiert – nicht nur im Landkreis Wittenberg. Seit Dezember 2014 amtiert der erste Ministerpräsident der LINKEN in Thüringen. Im Austausch mit Vertretern aus Thüringen und Brandenburg verständigten sich die Klausurteilnehmer über die konkreten Schritte zu Koalitionsverhandlungen und zur Regierungsbildung mit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Insbesondere die Regierungsübernahme in Thüringen verbindet zwei Ansprüche miteinander, es geht nicht nur um den politischen Wechsel in der Staatskanzlei, sondern auch um einen neuen Politikstil. Einladend, kritikfähig und souverän im Umgang zwischen Koalitionspartnern, politischem Personal und im Bürgerdialog gestaltet DIE LINKE diese Rolle. Für gelingende Koalitionsverhandlungen wurden als Bedingungen genannt: langfristige eigenständige Vorbereitung, sorgfältige Prüfung inhaltlicher Schnittmengen, Glaubwürdigkeit und Vertrauen zwischen den beteiligten Personen.

II. Landesentwicklung ermöglichen – Öffentliche Daseinsvorsorge absichern

Auch in den Fachgesprächen waren Vertreterinnen aus Brandenburg, Thüringen sowie Berlin beteiligt, die über Erfahrungen und Vorhaben in den Nachbarländern berichteten. In zehn Arbeitsgruppen beschäftigten sich die Klausurteilnehmer mit Fragen der Landesentwicklung:

- Sicherung einer nachhaltigen Personalentwicklung unter dem gegebenen finanziellen Rahmen
- Zukunft der Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen



- Zukunft der Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen – Zukunft der Schulentwicklungsplanung
- Zukunft der Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen – Zukunft der Gesundheitsversorgung
- Arbeitsmarktprogramm „Gemeinwohlarbeit“
- Migration, Asyl- und Flüchtlingspolitik in Sachsen-Anhalt
- Hochschulstrukturentwicklung in Sachsen-Anhalt
- Landeskulturkonzept Sachsen-Anhalt
- Schritte zur Gestaltung einer sozial gerechten und ökologischen Energiewende in Sachsen-Anhalt
- Zukunft der Kommunalfinanzen in Sachsen-Anhalt.

Diese zehn Schwerpunktbereiche werden in den kommenden Monaten weiter bearbeitet und bilden das Gerüst für ein zu erstellendes Wahlprogramm zur Landtagswahl 2016, das auf einem Landesparteitag im Oktober 2015 beschlossen werden soll.

III. Wulf Gallert soll Spitzenkandidat der LINKEN werden

Die Landesvorsitzende Birke Bull wird dem Landesvorstand im Februar Wulf Gallert als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten vorschlagen. Die Nominierung des Spitzenkandidaten soll dann am 18. April 2015 auf einem Landesparteitag in Dessau-Roßlau erfolgen.



In der Theorie sind die
Genossinnen schon
gleichberechtigt, in der Praxis
aber hängt der Philisterzopf
den männlichen Genossen
noch ebenso im Nacken wie
dem ersten besten Spießbürger.
Clara Zetkin

**Allen Freundinnen, Kolleginnen, Müttern, Töchtern, Schwestern,
Großmüttern, Liebhaberinnen, Nachbarinnen, Schönheitsköniginnen,
Gegnerinnen, Revolutionärinnen, Mädchen & Diven
unsere besten Wünsche zum Internationalen Frauentag!**

Aus der Beratung mit den Vertretern der Basis

* Swen berichtete aus dem Stadtrat mit Hauptaugenmerk Merseburger Straße und Hufeisensee

* Frauentag – Halle-Neustadt wird am Sonnabend, 07. März 2015 in der Nähe des Wochenmarktes Nelken verteilen; Alt-Halle ist noch im Findungsprozess, ob es personell am 7. März gestemmt werden kann, da für den 7. März zu Nazi-blockaden nach Dessau mobilisiert wird; am 12. März wird es eine zentrale Frauentagsveranstaltung des DGB in Halle (Markt) geben

* 15.02.2015 – Bürgerschaftswahlen in Hamburg

* 22.03.2015 – Termin bitte vormerken, es soll auf der Silberhöhe einen Aufmarsch von Rechten geben, wir werden Gesicht dagegen zeigen

* 24.03.2015 – wird Horst Kahrs im Kulturtreff sein
* 20.03.2015, 17.30 Uhr wird im Kulturtreff die Regionalkonferenz für das südliche Sachsen-Anhalt stattfinden

* Landesparteitage sind für den 18.04.2015 (Nominierung MP-Kandidat), den 21.06/22.06.2015 (Neuwahl Landesgremien, Bearbeitung Landessatzung) sowie für den 10.10.2015 (Landtagswahlprogramm) geplant

* Geplant ist außerdem für den 14./15. November 2015 die VertreterInnenversammlung zur Aufstellung

der Liste der Landtagswahl

* Der Stadtverband wird Anfang September 2015 eine Gesamtmitgliederversammlung durchführen

* Am 04.03.2015 wird der Ortsverband Süd eine offene Veranstaltung mit dem Titel „Zuwanderung in der Stadt Halle (Saale)“ im Hort Wiener Straße ab 17.00 Uhr durchführen. Erwartet als werden Gäste Frau Schneutzer (Beauftragte für Integration und Migration der Stadt Halle (Saale) und Tarik Ali (Vorsitzender des Ausländerbeirates der Stadt Halle (Saale) sowie sachkundiger Einwohner für die Fraktion DIE LINKE / DIE Partei im haleschen Stadtrat). Da eingeschätzt wurde, dass diese Veranstaltung weit über den OV Süd von Interesse ist, haben wir gemeinsam vereinbart, die Beratung mit den Vertretern der Basis zu diesem Termin nicht durchzuführen.

Die Genossinnen und Genossen der BO

313 trauern um ihren

Genossen

Manfred Patzschke

Sie werden ihn in ehrender

Erinnerung behalten.

Aus der Stadtratssitzung vom 28. Januar 2015

Zwei Themen beherrschten diese Stadtratssitzung: Der geplante Ausbau/Nichtausbau der Rosengartenbrücke und der Verkauf von kommunalen Grundstücken (Hufeisensee) im nicht öffentlichen Teil.

Bereits in der Bürgersprechstunde nutzen vornehmlich VertreterInnen der Bürgerinitiative Rosengarten e. V. und der Bürgerinitiative „Umbau Rosengartenbrücke“ die Möglichkeit, auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Sie argumentierten, ähnlich wie schon in der Fraktionssitzung, für eine Erweiterung der Rosengartenbrücke. Unsere Fraktion – nur noch einmal der Vollständigkeit wegen an dieser Stelle – hat sich gegen die Erweiterung der Rosengartenbrücke und einen vierspurigen Ausbau der Merseburger Straße ausgesprochen. Unsere Hauptgründe sind, dass wir generell eine Verkehrsführung außerhalb der Stadt (hier ist u. a. die Nutzung der HES anzuführen) favorisieren. Damit wird die Innenstadt (Merseburger Straße) attraktiver. Und der Neubau einer breiteren Brücke würde um Einiges teurer werden als geplant. Damit würde sich auch der Eigenanteil der Stadt Halle (Saale) erhöhen... Mit diesem Geld könnten wir alternativ mehr für die Investition von Schulen und Kita's tun, oder es auch für das „Dünnschichtprogramm“ der halleschen Straßen verwenden! Es geht hier letztlich um politische Schwerpunktsetzungen in der Verkehrspolitik der Kommune!

Die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE/Die PARTEI und die MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM hatten einen gemeinsamen Antrag gestellt, den Ratsbeschluss zum Neubau einer Eisenbahnbrücke über die Merseburger Straße vom 30.04.2014 aufzuheben. Dieser Beschluss vom April des Jahres 2014 beinhaltet den Auftrag an die Stadtverwaltung, die exakten Kosten für eine Aufweitung der geplanten neuen S-Bahnbrücke zu ermitteln, eine Förderung der Zusatzkosten durch das Stadtbahnprogramm zu prüfen, bei den Planungen zur Umgestaltung der Merseburger Straße generell eine vierstreifige Ausführung vorzunehmen. Dieser Antrag war „damals“ angenommen worden. Die Verwaltung hatte den Auftrag umgesetzt und in der Dezemberstadtratssitzung entsprechend eine Vorlage eingebracht. Diese wurde aber abgelehnt! Deshalb entstand der o. g. Antrag mehrerer Fraktionen zur Rücknahme des Beschlusses, da ja die Umsetzungsvariante

nicht umgesetzt wurde. Der gemeinsame Antrag wurde aber im Stadtrat zurückgezogen. Es war nicht ganz klar, ob die Mehrheiten dafür reichen würden. Außerdem hatten ein paar Bemerkungen in den Ausführungen von Herrn Stäglin diese „strategische Variante“ angeregt. Nach unserer Auffassung ist es so, dass es zwar nach wie vor den Antrag vom 30.04. gibt, aber die Umsetzung mit der Dezembervorlage scheiterte. Damit hat die Bahn von der Stadt Halle (Saale) keinen Beschluss zur Umsetzung des vierspurigen Ausbaus der Straße!! Wir sind uns sicher, dass das Thema aber noch nicht zu Ende ist!

Interessant wurde es beim Tagesordnungspunkt „Festlegung der Reihenfolge der Vertreter des Oberbürgermeisters“ in gesonderten Wahlgängen... Finanzdezernent Egbert Geier (SPD) bleibt auch weiterhin Stellvertreter des Oberbürgermeisters! 2. Stellvertreter wurde nach der Wahl Herr Stäglin, dann folgt in der Vertretung Frau Dr. Marquardt und an die vierte Stelle rückt Herr Kogge.

Einige Diskussionen gab es zum Tagesordnungspunkt „Bebauungsplan Nr. 163 Halle-Neustadt, Markt Hettstedter Straße – Aufstellungsbeschluss“. Inhalt dieser Vorlage ist die Erweiterung des REWE-Marktes in Halle-Neustadt. Wir haben uns als Fraktion gegen diese Erweiterung ausgesprochen! Warum? Es gibt ein beschlossenes Einzelhandelskonzept der Stadt Halle (Saale), in dem genau festgelegt wurde, an welcher Stelle in der Stadt Halle und in welcher Größenordnung Einzelhandelseinrichtungen für die Versorgung der dort lebenden Menschen vorgehalten werden. Diese Vorlage ist ein Verstoß gegen das Konzept. Die im 1-km-Radius liegenden weiteren Discounter, Supermärkte und ein Warenhaus müssen u. E. nun ggf. mit Umsatzeinbrüchen rechnen. Einen Effektivierungsgewinn mit der Erweiterung des REWE-Marktes sehen wir nicht!

Der Antrag unserer Fraktion, die Verwaltung zu beauftragen, dem Stadtrat bis zum April 2015 Vorschläge zu unterbreiten wie der Kultur Treff Halle-Neustadt als bedeutende kulturelle Einrichtung wieder zu beleben sei, wurde einstimmig angenommen. Auch die Erwägung, dass ein freier Träger die Betreuung übernimmt, wurde dabei aufgenommen.

Im nicht öffentlichen Teil ging es noch einmal, weil der OB Widerspruch gegen den Beschluss eingelegt hat-

te, um den Verkauf kommunaler Grundstücke (Hufeisensee).

Im Dezember hatte der Stadtrat mehrheitlich nicht zugestimmt, aber im Januar fand sich dann eine Mehrheit! Da die Vorlage im nicht öffentlichen Teil behan-

delt wurde, können weitere Details hier nicht aufgeschrieben werden.

Die nächste Stadtratssitzung findet am 25.02.2015 statt.

Ute Haupt, Stadträtin

Aus anderen Landesverbänden

LINKE bei NDR-Umfrage wieder 9%

Zu der heute veröffentlichten infratest dimap-Umfrage im Auftrag des NDR erklärt Dora Heyenn, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft:

„Der Anstieg auf neun Prozent ist sehr erfreulich. Viele unserer Themen gehören laut Umfrage zu den wichtigsten Problemen der Stadt. Die Hamburgerinnen und Hamburger wollen, dass wir uns auch weiterhin für soziale Gerechtigkeit, für bezahlbaren Wohnraum und Nahverkehr, für bessere Bildung und für einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen einsetzen. Und sie trauen uns das auch zu: Für soziale Gerechtigkeit und bezahlbaren Wohnraum sorgen – da hat DIE LINKE die zweithöchsten Kompetenzwerte.

Wir haben uns zudem in dieser Stadt eine wahrsten Sinne des Wortes stabile Stammwählerschaft erarbeitet – laut Umfrage steht für 76% unserer Anhänger ‚so gut wie fest‘, dass sie DIE LINKE wählen werden.

Die SPD ist immer noch weit von einer absoluten Mehrheit entfernt. Die Mehrheit der Hamburgerinnen und Hamburger wünscht sich offensichtlich keine Fortsetzung der SPD-Alleinregierung. Die AfD würde laut Umfrage in die Bürgerschaft einziehen – das kann niemand freuen. Wir werden uns auch weiterhin intensiv mit der AfD auseinandersetzen, damit es am 15. Februar heißt: Rechts draußen statt Rechtsaußen in der Bürgerschaft.“

Pilotprojekt öffentlich geförderte Beschäftigung für Thüringen

Zu den aktuellen Arbeitsmarktzahlen in Thüringen und dem Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf 98600 Arbeitslose erklärt Ina Leukefeld, arbeitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Ein Grund für diese Entwicklung ist wohl vor allem das Auslaufen von Förderinstrumenten und Maßnahmen sowie das Absenken finanzieller Zuwendungen der Arbeitsagenturen und Jobcenter. Es sind

deutlich weniger Menschen in geförderten Beschäftigungsmaßnahmen, wie der Bürgerarbeit, tätig.“ Waren es im Januar des vergangenen Jahres noch 4411 Personen, seien es nun nur noch 2676. Über die Bürgerarbeit waren in Thüringen über drei Jahre insgesamt mehr als 2300 Menschen in Arbeit. Allerdings ist dieses Bundesprojekt nun ersatzlos ausgelaufen, kritisiert Leukefeld.

Vergleicht man die Zahlen der tatsächlichen Arbeitslosigkeit in Thüringen von Dezember 2014 zu Januar 2015, so fällt auf, dass die Anzahl der Erwerbslosen, die wegen ihrem Einsatz in Maßnahmen, Weiterbildung oder Qualifizierung sowie wegen Übergang in Selbständigkeit nicht als Arbeitslose gezählt werden und deshalb nicht in der Statistik erfasst sind, um etwa 6000 gesunken ist. Im gleichen Zeitraum ist jedoch die reale Arbeitslosigkeit insgesamt um etwa 8000 Personen gestiegen. Diese Entwicklung zeigt deutlich, dass dringender Bedarf an Qualifizierung und Beschäftigung besteht: „Es bestärkt uns umso mehr, dass neue Instrumente bei der öffentlich geförderten Beschäftigung dringend notwendig sind. Das hilft nicht nur den Betroffenen und verhindert Armut, sondern hat auch Auswirkung auf die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften in Thüringen, die ebenfalls wieder angestiegen ist.“ Auch diese Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften beunruhigt Frau Leukefeld: „Ihr Anstieg in Thüringen auf insgesamt 100.818 (Zuwachs von 628 Bedarfsgemeinschaften zum Vormonat) zeigt, dass die Abhängigkeit von Hartz IV für viele Menschen wieder zugenommen hat.“

Frau Leukefeld verweist in diesem Zusammenhang auf das im Koalitionsvertrag verankerte Vorhaben, verstärkt in öffentlich geförderte Beschäftigung zu investieren, die auch vom Regionalchef der Agentur für Arbeit unterstützt wird.

„Es wäre ein Pilotprojekt, alle Mittel, die für die Finanzierung von Arbeitslosigkeit eingesetzt werden, so zusammenzulegen, dass für den einzelnen Langzeitarbeitslosen ein guter Lohn für geleistete Arbeit gezahlt werden kann. So würden dringend notwendi-

ge Arbeit in den Kommunen geleistet und Menschen, die auf dem so genannten ersten Arbeitsmarkt keine Chance mehr haben, eine neue Perspektive ermöglicht. Es ist allemal besser, Arbeit zu finanzieren statt Arbeitslosigkeit“, so Frau Leukefeld abschließend.

Landesverband Sachsen

Bernd Riexinger: „Müssen Begeisterung für linkes Gedankengut wecken!“

Am Samstag fand in Dresden die gemeinsame Beratung des Landesvorstandes, des Landesrates, der Kreisvorsitzenden und des Fraktionsvorstandes von DIE LINKE. Sachsen statt. Neben dem Beschluss des Finanzplans der Partei für das Jahr 2015 und der Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von Wahl- und Aufstellungsverfahren stand auch ein Austausch zur Strategie der Bundes- und Landespartei auf der Tagesordnung. Dazu begrüßte die Partei auch den Parteivorsitzenden Bernd Riexinger.

In seiner Rede zeigte sich Riexinger irritiert über den Schock hiesiger Politik auf den Wahlsieg der griechischen SYRIZA und deren erste Maßnahmen. So verwies er darauf, dass SYRIZA nach der Wahl nur das täte, was sie im Wahlkampf angekündigt hatte: „Offenbar ist man in Europa nicht mehr gewöhnt, dass eine Regierung ihre Wahlversprechen einhält.“, so Riexinger. Im Hinblick auf die bisherige Rettungspolitik für Griechenland verwies er auf verfehlte Weichenstellungen: „So hat die Toika beispielsweise nie von den Griechen verlangt, den Steuervollzug zu schärfen. Stattdessen verlangte sie Kürzungen bei Löhnen, Renten, im Sozial- und Gesundheitsbereich.“ Diese Kürzungspolitik habe sich jedoch – auch im Hinblick auf das Zusammenbrechen der griechischen Wirtschaft und der Staatsfinanzen als falsch erwiesen: „Noch nie ist es gelungen, mit Austeritätspolitik eine Wirtschaft anzukurbeln. Genau deshalb gehört diese Politik beendet und zwar überall.“, so Riexinger.

In Bezug auf aktuelle Entwicklungen wie PEGIDA verwies er darauf, dass diese keine neuen Phänomene seien. Vielmehr seien Ressentiments in der Bevölkerung schon lange vorhanden: „Neoliberale Ideologien und Ideologien der Ungleichwertigkeit sitzen gesellschaftlich tiefer als wir denken.“ Dies sei auch eine Herausforderung für DIE LINKE. So müsse sie in Zeiten von Prekarisierung gesellschaftliche Mehrheiten für linke Lösungen organisieren und den Men-

schen wieder Mut machen, sich einzubringen: „Wir müssen Begeisterung für linkes Gedankengut wecken“, so Riexinger.

Auch Rico Gebhardt, Landesvorsitzender der sächsischen LINKEN verwies in seiner Rede darauf, dass DIE LINKE angesichts von PEGIDA und Co. nicht einfach Schlagworte übernehmen könne, sondern in der Sache klar bleiben müsse: „Wir sind als Partei in der Pflicht, Menschenverachtung in aller Klarheit entgegen zu treten. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das ist für uns unverhandelbar.“ Im Hinblick auf die thematische Orientierung der Partei in den kommenden Jahren verwies er auch darauf, dass das Thema Mindestlohn noch lange nicht beendet sei: „Im Gegenteil: Es muss unser Thema bleiben, nicht nur in der Frage der Höhe, sondern auch im Hinblick auf den Vollzug. Hier zeichnen sich sowohl Umgehungsstrategien wie auch mangelnde Kontrolle ab. Das müssen wir thematisieren.“, so Gebhardt abschließend.

Liebe Genossinnen und Genossen,
der RotFuchs-Förderverein e.V. Halle lädt zum
17.02.2015, 16:30 Uhr in den
Kulturtreff Halle-Neustadt ein.

Es spricht **Gen. Prof. Ekkehard Lieberam**,
Stadtverband der Partei Die LINKE Leipzig,
Marxistisches Forum

Zum Thema: „Der Kniefall von Thüringen -
Die LINKE und die Unrechtsstaat-Debatte“

Senioren-Café
am 25. Februar ab 14:30 Uhr
im Linken Laden, Leitergasse 4

Prof. Lange: „Damit kein Fremder entscheidet -
Vorsorge für Unfall, Krankheit, Alter“

Basistreffen BO Riebeckplatz/Hofjäger
am 11. März ab 16:00 Uhr
im Kartoffelhaus, Willy-Brandt-Str. 44

Diskussion aktueller politischer Probleme
Gäste sind herzlich willkommen !

Die griechische Wahl und der Tag danach

Analyse zur Wahl und Koalitionsbildung von Haris Triandafilidou.

Die rasche Bildung einer Koalition zwischen SYRIZA und Partei Anexartitoi Ellines (AN.EL., zu deutsch unabhängige Griechen) war im europäischen Ausland auf Unverständnis gestoßen. Während die Empörung der bürgerlichen Parteien und medialem Mainstream wohl mehr auf Heuchelei als auf erstgemaßte Besorgnis um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zurückzuführen sein dürfte, macht die Sorge der zahlreichen SYRIZA Unterstützer im Ausland eine nähere Betrachtung des Koalitionspartners notwendig:

Die AN.EL. wurde im Februar 2012 vom früheren ND-Abgeordneten Panos Kammenos ins Leben gerufen. Im Gründungsmanifest der Partei bekennt sie sich unter anderem zu Souveränität des Volkes, dem Schutz der Verfassung, Nationalstolz und parlamentarischer Demokratie. Darüber hinaus wird die Abschaffung der Memoranden als Angriff der neuen Weltordnung gefordert. In Punkt 6 bekennt ANEL sich zu Gleichberechtigung (Isonomie), Solidarität, Gerechtigkeit, Meritokratie und Gleichheit und verpflichtet sich die griechische Familie und alle Bürger vor den Angriffen des Marktes zu schützen. Das Bekenntnis zu den Werten des griechisch orthodoxen Glaubens und dessen positiver Bedeutung für Volk und Nation geht einher mit dem Schutz der Religions- und Glaubensfreiheit. Zum Thema Migrations- und Flüchtlingspolitik hatte sich Kammenos im Rahmen einer Pressekonfe-

renz, wenige Tage vor dem Urnengang gegen das Dublin 2 Abkommen ausgesprochen, dessen Regelungen dazu führen, dass MigrantInnen ohne Papiere gegen ihren Willen in Griechenland festhalte. Er verwies darauf, dass, unabhängig von Herkunft, jedes menschliche Leben gleich viel wert sei. «illegalen Migranten» müssen, so Kammenos, «ohne Anwendung von Gewalt und Methoden wie denen des Herren Voridis oder der Goldenen Morgenröte die Möglichkeit gegeben werden, in ein Land zu reisen, in welchem sie leben können. Hier geht das nicht.»

Die Reden der Delegierten auf dem Gründungsparteitag im Februar 2012 hatten sich vor allem auf Lobpreisungen des Vorsitzenden, des kulturellen Erbes Griechenlands und der Orthodoxie, sowie Kampfansagen gegen den Ausverkauf Griechenlands an dessen Gläubiger konzentriert. Die politische Agenda der Jahre 2012 bis 2015 verliehen dieser konfus anmutende Ansammlung patriotischer, anti-neoliberaler und christlich orthodoxer Positionen Konturen und Akzentsetzungen, die wenig mit dem rechtsextremen Profil zu tun haben, Partei anhängt zu tun haben. So hatte man sich im Juni 2013 deutlich gegen die Schließung des öffentlich rechtlichen Rundfunksenders ERT positioniert, unterstützte die 595 vom Wirtschaftsministerium entlassenen Putzfrauen und forderte im Januar 2014 die Untersuchung des Todes von 12 Menschen beim Flüchtlingsdrama von Farmakonisi.

Das vollständige Dokument findet ihr:

<http://www.rosalux.de/publication/41128/die-griechische-wahl-und-der-tag-danach.html>

In gedruckter Form ist es im LiLa vorrätig.

Syriza: Letzte Chance für den Euro

Ein Beitrag von Fabio De Masi

Griechenland hängt wegen der Kürzungsdiktate fast sieben Jahre in der Depression, die Massenarbeitslosigkeit beträgt 30 Prozent, jeder zweite Jugendliche ist ohne Job, statt zu sinken, sind die Schulden wegen des Einbruchs der Wirtschaft explodiert.



EU-Kommission sowie die Bundeskanzlerin ha-

ben Wahlkampf für Merkels korrupte Parteifreunde von der Nea Dimokraria und die Oligarchen in Griechenland gemacht, die noch immer kaum Steuern zahlen.

Denn einen effizienten Steuervollzug hat die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) nie verlangt. Nun wurde das Merkel-Kartell von den Griechen in die Wüste geschickt.

Wenn die Linke in Griechenland Erfolg hat, droht die Ansteckung mit dem Syriza-Fieber: heute Athen, morgen Madrid. Das wollen EU Kommission und Bundesregierung um jeden Preis verhindern. Denn wenn Syriza die Wirtschaft wieder anschiebt und mit der

Vetternwirtschaft aufräumt, werden die Menschen in Europa sagen: Das können wir auch! Schluss mit der Privatisierung unseres Eigentums, Schluss mit Kürzung von Löhnen und Renten.

Merkel und Co. wollen den deutschen Steuerzahlern daher einreden, dass sie für die linke Regierung bluten, weil Griechenlands neuer Finanzminister, Yannis Varoufakis, sagt, was jedes Kind weiß und selbst der IWF zugibt: Griechenland ist pleite! Die Kredite können niemals voll zurück gezahlt werden.

Das deutsche Steuergeld hat Merkel verzockt: Ihre Blockade eines kontrollierten Schuldenschnitts war Insolvenzverschleppung. Sie hat es den privaten Gläubigern - überwiegend deutsche und französische Banken - ermöglicht, ihre Schäfchen ins Trockne zu bringen und die Risiken auf die Steuerzahler abzuwälzen. Und: Nur mit Investitionen bzw. Wachstum in Griechenland lassen sich deutsche Steuergelder retten. Wir brauchen eine Vermögensabgabe für Millionäre - in Griechenland sowie in Deutschland, damit die kleinen Leute und die Mittelschicht nicht weiter zahlen.

Die EZB will Griechenland zu weiteren Kürzungsdiktaten zwingen. Etwa indem sie keine griechischen Staatsanleihen mehr als Sicherheiten akzeptiert und somit das griechische Bankensystem vom Euro abschneidet. Der Preis wäre hoch: Bis zu 80 Milliarden Euro deutscher Griechen-Kredite wären komplett futsch. Und die Euro-Zone würde wieder brennen. Dabei kann eine Zentralbank frei bilanzieren und über

ihre Gewinne (sie schöpft Geld quasi umsonst und kassiert Zinsen) selbst Verluste gut verkraften. Zudem hat die EZB von den Banken jeden Schrott als Sicherheit akzeptiert.

Die EU sollte sich lieber nützlich machen: Statt den Banken, die trotz Billionen von billigen Euros keine Kredite für Investitionen vergeben, Staatsanleihen abzukaufen, muss investiert werden. Denn Unternehmen werden auch bei niedrigen Zinsen nicht investieren, wenn die Nachfrage nicht angeschoben wird. Zudem zocken Banken mit EZB-Geld im Casino und die Euro-Abwertung führt zu Währungskrisen - siehe Schweiz. Daher fordern Syriza und DIE LINKE direkte Kredite der EZB für öffentliche Investitionen. Das geht kurzfristig auch mit den dummen EU-Verträgen, die EZB-Kredite nur an Banken erlauben, wenn die Europäische Investitionsbank das Geld weiterreicht. Griechenland braucht zudem einen Schuldenschnitt - wie Deutschland nach dem Krieg - und die Tilgung von Schulden muss an das Wachstum geknüpft werden. Die EU und Deutschland können Griechenland auch beim Aufbau einer effizienten Steuerverwaltung unterstützen.

Die EU sollte zudem eine EU-weite Vermögensabgabe für Millionäre vereinbaren.

Das Vermögen der europäischen Millionäre übertrifft mit 17 Billionen Euro die Staatsschulden aller EU Staaten von 11 Billionen Euro. Damit würde die EU endlich unsere Euros, nicht die der Banken und Reichen retten.

Februar : Die neue Wette läuft an : Alte D-Mark für die Kinder von Kuba

So, die neue Wette (die sich so viele gewünscht haben) läuft an. Diesmal etwas ganz Besonderes. Ein Genosse aus Berlin gab uns den Tipp und meine Wettpartnerin, die „Unternehmerin mit dem linken Herzen“, war sofort Feuer und Flamme. Ihr habt es bestimmt auch gehört oder gelesen: Die Deutschen (also wir alle) haben noch immer fast 14 Milliarden alte D-Mark gehortet. Oft liegen die Reste irgendwo in der Schublade oder sonst wo. Wie ist das bei Dir, bei Euch ?

Wir jedenfalls haben uns jetzt mit einer neuen Wette entschlossen, von diesen 14 Milliarden mindestens 15000 DM (es dürfen auch mehr sein) „locker zu machen“. Natürlich für die Kinder von Kuba - für „Cuba Si“ und die Aktion „Milch für Kubas Kinder“. Und wir sind dabei bescheiden, denn die 15 000 sind ja nur etwa ein Zehntausendstel der irgendwo liegenden Summe. Und meine Wettpartnerin war so begeistert, dass sie spontan wettete : „Für jede 1000 D-Mark, die bei Dir eingehen, lege ich noch je 100 Euro drauf.“ Das ist doch was - oder ? Was meint Ihr : Schaffen wir das ? Wieder mit Eurer Hilfe. Wir starten jetzt am 1. Februar und wollen dann unser Ziel bis zum 1. Mai erreicht haben - 15 000 D-Mark sollen bis dahin in Wülfrath gelandet sein. Und jetzt geht's wie immer : Die Verbindungsadresse ist wieder die meine : Klaus H. Jann, Düsseler Straße 16, 42489 Wülfrath. Hierhin könnt ihr alle eure D-Mark-Reste (Münzen wie Scheine) hinschicken. Und den Fortlauf der Wette könnt ihr wieder unter www.linksdemokraten.de verfolgen.

Also : Auf geht's. Und klar ist: Ich bau' - wie immer - auf Eure Hilfe !

Euer Klaus H. Jann

Und noch eines : Bitte verbreitet diese Wette weiter - unter Euren Verwandten und Bekannten, unter Freunden und Genossen, an alle !!!

Ortsverband Süd „Clara Zetkin“ lädt ein:

„Zuwanderung in der Stadt Halle (Saale)“

Gäste: Frau Schneutzer (Beauftragte für Integration und Migration der Stadt Halle (Saale) und Tarik Ali (Vorsitzender des Ausländerbeirates der Stadt Halle (Saale) sowie sachkundiger Einwohner für die Fraktion DIE LINKE / DIE Partei im halleschen Stadtrat).

04. März 2015, 17:00 Uhr, Hort Kinderpark, Wiener Straße 18 in 06128 Halle (Saale)

Anfahrt per Straßenbahn: Linie 1, Haltestelle Wiener Straße

per Bus: Linie 26, Haltestelle Wiener Straße

**Der Landesvorstand lädt zur Regional-
konferenz am 20.03.2015 ab 17:30 Uhr in
den Kulturtreff Halle (Saale),
Am Stadion 6 in 06122 Halle (Saale) ein.**

Vorschau:

**Senioren-Café am 25. März ab 14.30 Uhr
im Linken Laden, Leiterrasse 4**

Lesung u. bebildeter Vortrag von
Genossin M. Lenk

über Curt Goetz auf Halles Bühnenbrettern

**13. März 2015, 16:00 Uhr - Gedenken an
den Blutfreitag an der Gedenktafel Burg-
straße / Ecke Riverufer**

**22. März 2015, 11:00 Uhr - Gedenken an
die Märzgefallenen auf dem
Friedhof Ammendorf**

**Wir gratulieren allen Genossinnen
und Genossen, die im Monat
Februar Geburtstag haben.**

Kein Vertrauen in die Politik, den Parteien sowie deren Vertreter – USA-freundliche Haltung

Joseph Stiglitz hat geschrieben, dass neben einer grob ungerechten Verteilung die größte Gefahr von einem Verlust an Vertrauen in das politische System ausgeht. Also wenn die Masse der Amerikaner erkennt, dass die Politiker nicht mehr ihre Interessen vertritt. In Deutschland ist man da schon ein Stück weiter und so heißt es häufig: „Wenn Wahlen etwas ändern, so wären sie verboten!“ Auch wenn man diesen Satz häufig in Deutschland von den resignierten Nichtwählern zur Begründung der Nichtbeteiligung am politischen Geschehen hören kann, kommt er doch Ursprünglich aus Amerika und stammt von Emma Goldman. Aber deutlicher kann man nicht zum Ausdruck bringen, dass man der Politik nicht traut.

Der Politik wird nicht mehr vertraut, dies häufig zu Recht

Das man der Politik nicht traut ist nicht unverständlich: Es gibt reichlich Beispiele, warum Vertrauen in die Politik verloren geht. So muss man zum Beispiel hinterfragen, weshalb der Vorsitzende der sozialdemokrati-

schen Partei, Sigmar Gabriel, sich so stark für TTIP macht, dies auch entgegen der SPD-Basis. Weiter lobt dieselbe Partei Deutschland als das Land, welches die Krise so gut überstanden hat, weil Arbeitgeber, Gewerkschaften und Arbeitnehmer so besonnen gehandelt haben. Tatsächlich geht es der Deutschen Wirtschaft nicht schlecht. Sie profitiert von einer Ausweitung des Niedriglohnsektors und dem Druck, welcher von „Hartz-IV“ ausgeht. Eine Leistung die entscheidend von der SPD auf den Weg gebracht wurde und maßgeblich verhindert, dass ein Großteil der Bevölkerung am Erfolg der Wirtschaft beteiligt wird. Für Arbeit sorgt diese Veränderung bis heute vor allem an den Gerichten. Mit TTIP bekommen wir dann ein Freihandelsabkommen mit den USA, wo zu Recht zu befürchten ist, dass dies den Sozialstaat im Wettbewerb mit den USA weiter unter Druck setzt und die Ungleichheit in Deutschland sowie in Europa weiter vorantreibt. Für TTIP kann mittelfristig eine Verstärkung der Effekte der Agenda 2010 erwartet werden.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Leiterrasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - täglich
Auflage: 400 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
05.02.2015
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 05.03.2015

Ist das sozial? Diese Art der Politik unterstreicht Volker Pispers Worte: „Für diese neoliberalen Schweinereien braucht man die FDP gar nicht!“

Merkwürdige Spenden, enorm hohe Folgekosten von PPP-Projekten, mit welchen beispielsweise die CSU auf sich aufmerksam gemacht hat sind nur zwei weitere von vielen Punkten. Auch der Bundesrechnungshof äußert sich den PPP-Projekten sehr kritisch gegenüber. Aber auch Kommunalpolitik ist häufig fragwürdig. Wenn beispielsweise Privatisierungen durchgeführt werden, wie in der Wasserversorgung, welche sowohl zu erhöhten Kosten als auch zu sinkender Qualität in der Versorgung führen, muss zu recht danach gefragt werden, welchen Interessen die Politik dient. Denen des Volkes bzw. ihrer Wählerschaft, oder einzelnen Vertretern und Profiteuren der Wirtschaft. Es lassen sich wirklich viele Punkte benennen, welche zu einer Minderung des Vertrauens der Bevölkerung, so dann auch zu einer Verringerung der Wahlbeteiligung führen.

Welche Partei Ziele für welchen Teil des Volkes vertritt ist zunehmend unklar. So entsteht zunehmend der Eindruck in der Bevölkerung, nicht mehr durch die Politik vertreten zu werden. Das Beschlüsse und Verordnungen zunehmend aus den Chefetagen großer Unternehmen oder Banken zu kommen scheinen und eben weniger aus der Mitte der Bevölkerung veranlasst sind, verstärkt diesen Eindruck.

USA-Freundlichkeit

Die Regierung kommt wohl weniger vom Volke Deutschlands oder Europas, sondern zunehmend aus den Kreisen der Wirtschaft und Lobbyisten. Sie wirkt zudem äußerst USA-freundlich, ein Staat, welcher heute selber große Probleme mit dem Begriff der Demokratie hat. So wurde ihm doch in einer Studie unter Martin Gilens sowie Benjamin I. Page an der Princeton University attestiert, eine Oligarchie der Superreichen zu sein und das es sich bei dem Glauben, dass die Regierung der USA aus ihrem Volke hergehe, um einen Mythos handelt.¹ Wenn also die Regierung Deutschlands politischen Wünschen einer Minderheit² eines anderen Staates folgt, eines Staates, dem man den Status einer Demokratie nicht mehr vorbehaltlos zugestehen kann, wie kann man da noch von einer demokratischen Regierung sprechen? Welches Ergebnis hätte denn eine ähnliche Studie für Deutschland oder für Europa?

Symptome einer kranken Demokratie

Joseph Stiglitz, wie oben erwähnt, schreibt, dass von dem Vertrauensverlust in die Politik eine große Gefahr für die Demokratie ausgeht. Denn man muss nicht nur mit zunehmender Politikverdrossenheit rechnen, sprich also damit dass die Menschen am politischen Prozess

nicht mehr teilnehmen, sondern auch mit zunehmenden und verstärkten Aufkommen von Populisten und Extremisten, welche das „Establishment angreifen, weil es dieses unfaire System erschaffen hat,...“. Tatsächlich gibt's nun dieses Phänomen in Deutschland, zum einen in der PEGIDA-Bewegung, welche ich noch nicht tot sagen würde. Zum anderen in der AFD, welche sich weniger über sozial-marktwirtschaftliche Ansätze profiliert, als über Anti-Euro-Parolen sowie fremdenfeindlich anhauchende Aussagen wie „Wir sind nicht das Welt-Sozialamt!“. Die Ergebnisse der AFD Zeigen zusätzlich, dass Populismus in Deutschland wieder angekommen ist.

Perspektive der Bevölkerung

An diesem Bild spielt die Perspektive der Bevölkerung keine Unwesentliche Rolle. Ein hoher Anteil der Bevölkerung darf sich auf Altersarmut freuen, die Ungleichheit wächst (die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auf). Während ein kleiner Teil immer mehr vom Kuchen nimmt sieht sich der Mittelstand zunehmend gefährdet und der Anteil von Geringverdienern wächst. Weiter verheißt auch der Blick über den Atlantik in die USA, welche mit TTIP näher rücken wird, nichts Gutes für den Großteil der Bevölkerung. Auch die Aussage einer Ministerin für Soziales, dass die Bedürfnisse in diesem Land gestillt würden, kann über die zunehmende Ungerechtigkeit kaum hinwegtäuschen. Da ist es, wie ich schmerzlich feststellen muss, natürlich, dass die Populisten einen stärkeren Zulauf erhalten, als es für eine Demokratie gesund sein kann, es ist meiner Meinung nach nur dem Bewusstsein der historischen Vergangenheit Deutschlands geschuldet, dass dieser Zulauf nicht stärker ausfällt.

Bedarf für eine neue Partei?

Häufig war in der Presse zu lesen, dass es angesichts der Erfolge der AFD sowie PEGIDA, ein Bedarf für eine neue Partei gäbe. Ich bin da gänzlich anderer Meinung! Vielmehr bin ich der Meinung, dass die bestehenden Parteien und deren Politiker sich mehr auf ihre Aufgaben besinnen sollten. Sie sollten sich vor allem darauf besinnen, welchen Interessen sie zu dienen haben und sie sollten sich wieder um ein Verhalten bemühen, welches Vertrauen der Bevölkerung rechtfertigen würde. Ein wichtiger Schritt hierfür wäre beispielsweise die neu eingeführte Karenzzeit von 18 Monaten auf wenigstens 3 Jahre zu erweitern. Es sollte vor allem ein Kurs eingeschlagen werden, welcher wieder mehr den Menschen als den Unternehmen dient, denn die Wirtschaft selber sollte zu einer höheren Wohlfahrt der Menschen beitragen und nicht umgekehrt (Richard Wilkinson hat Beispiele angeführt, wo es anders funktioniert. Joseph Stiglitz wies darauf hin, dass bei größerer Ungerechtigkeit auch die Wirtschaft

an Performance verlieren wird.). Ein Bedarf für eine neue Partei besteht auch deshalb nicht, weil eine Partei da ist, welche ein großes Spektrum der Interessen der Menschen dieses Landes bereits abdecken will und dies auch kann, nur leider wird diese Partei nicht so wahrgenommen. Im politischen Gebaren geht es nicht nur darum, Wählerschaft für die eigene Partei zu gewinnen, sie von den eigenen Interessen zu überzeugen und sie somit zur Wahlurne zu führen. Es geht auch darum, Menschen, welche man nicht von den eigenen Interessen und Perspektiven überzeugen kann, davon abzuhalten zur Wahl zu gehen. Der Angriff auf die Linke, mit Bezug auf die SED-Vergangenheit war eine Maßnahme, welche dahingehend ihre Wirkung nicht verfehlt hatte. Denn statt Möglichkeiten zu suchen und zu nutzen, sich über diese Auseinandersetzung als Partei zu profilieren, welche für Demokratie, Aufklärung bzw. Transparenz einsteht, haben wir viel Zeit in Diskussionen verbracht, warum wir uns nun wieder mit dieser Vergangenheit auseinander setzen müssen.

Dabei wäre dies meiner Meinung nach ein Punkt gewesen, wo man als „Die Linke“ geschlossen hätte auftreten können um zu zeigen, dass wir nicht die richtigen für Deutschland sind trotz dieser Vergangenheit, sondern gerade wegen dieser. Aus dem Bewusstsein heraus, eben solche Zustände nicht erneut aufkommen zu lassen. Gleichsam hätte man auch auf die Gegenseite zeigen können, welche heute eben das zutreiben auf eine Diktatur des Geldes (Stiglitz schrieb bspw. Stimme je Dollar statt Stimme pro Person) zulässt. Insbesondere mit Hinblick auf die letzten 15 Jahre bin ich der festen Überzeugung, dass „Die Linke“ weit stärker für Demokratie, soziale Ziele, und Frieden einsteht, als es beispielsweise die SPD tut.

Mathias Bothe

1 Interessanter Weise gibt es auch weitere Studien, welche zeigen, dass in den USA aktiv versucht wird, bestimmte Gruppen und Minderheiten von der Wahl abzuhalten, aber dies nur nebenbei.

2 dem oberen einem Prozent

Ist Syriza linksradikal?

Michael Schlecht, MdB, wirtschaftspolitischer Sprecher Fraktion DIE LINKE

Kaum hat die griechische Partei Syriza die Wahlen gewonnen, schon geht in den Medien das vorhersehbare Trommelfeuer los: Parteichef Alexis Tsipras sei ein „Rattenfänger“, heißt es, seine Partei ein linksradikaler Haufen mit unrealistischen Forderungen, der jetzt auch noch mit der rechten Partei Anel koalitiert. Eine Frage: Wenn Syriza „linksradikal“ ist und Anel „rechtspopulistisch“ – wer ist in dieser Logik dann eigentlich die goldene „Mitte“? Genau: die Parteien, die sich dem Spardiktat der Bundesregierung klaglos unterwerfen.

Syriza sei „linksradikal“, heißt es derzeit übereinstimmend. Will Syriza die Produktionsmittel vergesellschaften und eine Planwirtschaft einrichten? Nein. Schauen wir uns an: Was will Syriza?

Erstens die humanitäre Krise bekämpfen, die die Kürzungsprogramme im Land angerichtet haben. Dazu gehören Maßnahmen wie Nahrungsmittelhilfe für Hungernde, die Subventionierung von Wohnraum für Obdachlose, die Stundung für Kredite für überschuldete Haushalte und Strom für jene, die vom Netz abgeklemmt worden sind. Dazu kommt die medizinische Versorgung eines Drittels der Griechen, das inzwischen nicht mehr krankenversichert ist. Zusammen mit zusätzlichen Staatsangestellten kostet das pro Jahr elf Milliarden Euro – so viel, wie Griechenland dieses Jahr für Zinsen auf Schulden ausgeben wird.

In Deutschland wird jetzt auf „die Griechen“ gehetzt mit dem Argument, dass „wir“, die „deutschen Steuerzahler“ dort soziale Wohltaten finanzieren sollen. Dabei ist Teil des Programms der neuen Regierung, dass die Reichen stärker – oder überhaupt – besteuert werden und so die Reformen finanzieren.

Zweitens sollen die Gewerkschaften gestärkt und Privatisierungen gestoppt werden.

Drittens fordert Syriza von seinen Gläubigern (EU, Internationaler Währungsfonds, Europäische Zentralbank) eine Abmilderung der scharfen Kürzungsauflagen.

Viertens wird ein Schuldenschnitt gefordert, den viele Ökonomen weltweit für unerlässlich halten.

Insgesamt ist das ein ur-sozialdemokratisches Programm. Wenn man wie die Agenda-SPD allerdings weit nach rechts gerückt ist, erscheint Syriza natürlich linksradikal.

Mangels besserer Bündnispartner ist Syriza eine Koalition mit der Partei Anel eingegangen, die als „rechtspopulistisch“ eingestuft wird. Das mag stimmen. Aber wer ist dann die „Mitte“? Das sind in dieser Logik Parteien wie die bisher regierenden ND und Pasok, die sich in den vergangenen Jahren der Crash-Strategie der Troika gebeugt und das Land dadurch ruiniert haben. Kurz: „Mitte“, das ist die Troika, die Bundesregierung. Klar! „Ich kann mir einen Schuldenschnitt nicht vorstellen“, sagte Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel am Mittwoch.

Das zeigt: „Mitte“ hat hier nichts mit „Ausgleich der

Extreme“ zu tun, sondern ist selbst ein Extrem: der radikale Neoliberalismus des Kürzungs-Diktats im Sinne der Bundesregierung. Sie hat Griechenland zu Beginn der Krise Hilfe verweigert und erst dann gewährt, als den deutschen Banken Verluste drohten und die Euro-Zone an den Rand des Zusammenbruchs geriet. Als Gegenleistung verlangte sie eisernes Kürzen, Sozialabbau und Lohnsenkung.

Dieses Rezept wird inzwischen ganz Europa verordnet – die Agenda 2010 ist Deutschlands Exportschlager. Hierzulande führt das zu prekären Jobs und Lohnsenkung, in Spanien zu Wohnungslosigkeit, in Griechenland zu Hunger und in allen Ländern zu allgemeiner Überschuldung. Dass Syriza diese Strategie infrage stellt, macht sie zum Feind der herrschenden Elite.

weitere Informationen: www.michael-schlecht-mdb.de

Offener Brief

Dieser Offene Brief erschien gestern bei „zerohedge.com“ auf Englisch. Er wurde so autorisiert von Alexis Tsipras via Syriza.net. Er wurde so von uns übersetzt.

Ursprünglich erschien er schon am 13. Januar im „Handelsblatt“ Print – nicht online.

Wir halten ihn für wichtig genug, unkommentiert einen Einblick in das Denken und die Argumentation des neuen griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras zu geben. Die meisten von Ihnen, liebe deutsche Leser, werden sich schon eine vorgefasste Meinung gebildet haben von dem, worum es in diesem Artikel geht, bevor Sie ihn wirklich gelesen haben. Ich flehe Sie an, nicht solchen Vorurteilen zu erliegen. Vorurteile sind nie ein guter Ratgeber, vor allem in Zeiten wenn eine Wirtschaftskrise alle Stereotypen verstärkt und Fanatismus erzeugt wie Nationalismus und sogar Gewalt.

Seit dem Jahr 2010 ist der griechische Staat nicht mehr in der Lage, seine Schulden zu bedienen. Leider haben europäische Beamte entschieden, so zu tun, als könnte dieses Problem mit Hilfe des größten Darlehens in der Geschichte unter den Bedingungen von staatlichen Sparmaßnahmen überwunden werden, die mit mathematischer Präzision das Nationaleinkommen schrumpfen lassen sollten, von dem beide, die neuen und die alten Darlehensschulden zu zahlen wären.

Ein Insolvenz Problem wurde also mit einer Maßnahme behandelt, als wäre es ein Fall von Zahlungsunfähigkeit. Mit anderen Worten, hat Europa die Taktik der am wenigsten seriösen Bankiers übernommen, die sich weigern faule Kredite anzuerkennen. Sie gewähren lieber neue an das insolvente Unternehmen, um so zu tun, als würde das ursprüngliche Darlehen weiterlaufen, während der Konkurs in die Zukunft verschoben wird. Nichts anderes als der gesunde Menschenverstand war erforderlich, um zu sehen, dass die Anwendung der „erweitern und so tun als ob“-Taktik mein Land in einen tragischen Zustand führen würde. Und dass statt der Stabilisierung Griechenlands, Europa die Voraussetzungen für eine sich selbst verstärkende Krise schuf, welche die Grundlagen selbst für Europa untergräbt.

Meine Partei, und ich persönlich, widersprachen heftig

dem Darlehensvertrag vom Mai 2010 – nicht, weil Sie, die Bürger von Deutschland, uns nicht genug Geld gegeben hätten, sondern weil Sie uns viel, viel mehr, als Sie sollten, gegeben haben. Und unsere Regierung akzeptierte weit, weit mehr als sie ein Recht darauf hatte. Geld, das auch in keinem Fall den Menschen in Griechenland helfen würde, (denn es wurde in das schwarze Loch der schon untragbaren Schulden geworfen), noch kann es das Aufblähen der griechischen Staatsverschuldung verhindern, trotz des großen Aufwands durch die griechischen und deutschen Steuerzahler.

In der Tat, noch bevor ein Jahr vergangen war, von 2011 an, wurden unsere Vorhersagen bestätigt. Durch die Kombination von riesigen neuen Darlehen und strengen Regierungs-Ausgabenkürzungen, welche die Einkommen niederdrückten, wurde nicht nur versäumt, die Schulden zu zügeln, sondern es wurden auch noch die Schwächsten der Bürger bestraft. Das Leben von Menschen, die bisher ein bescheidenes Leben gelebt hatten, wendete sich in ein Leben von Armen und Bettlern, und nahm ihnen vor allem ihre Würde.

Der Zusammenbruch der Einkommen hat Tausende von Firmen in den Bankrott geschoben und steigerte die Macht der im Konkurrenzkampf überlebenden Großunternehmen. So fielen die Preise, aber langsamer als Löhne und Gehälter, die Gesamtnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen wurde nach unten gedrückt und die Nominaleinkommen zerkleinert, während die Schulden ihren unaufhaltsamen Aufstieg fortsetzen. Bei dieser Einstellung wird das Defizit der Hoffnung unkontrolliert beschleunigt, und ehe wir uns versahen, hatte die „Schlange ihr Ei“ ausgebrütet – mit dem Ergebnis, dass Neonazis in unserer Nachbarschaft patrouillieren, und ihre Botschaft des Hasses verbreiten.

Trotz des offensichtlichen Scheiterns der „erweitern und so tun als ob“-Taktik, wird das noch bis zum heutigen Tag durchgeführt. Der zweite griechische „Bailout“, im Frühjahr 2012 in Kraft gesetzt, legte einen weiteren großen Kredit auf die geschwächten Schultern der griechischen Steuerzahler, unterzieht unsere Sozialversicherung einem „Haircut“ und finanzierte

eine rücksichtslose neue Kleptokratie.

Angesehene Kommentatoren haben berichtet von einer jüngst eingetretenen Stabilisierung Griechenlands, auch von Zeichen des Wachstums. Leider ist die „griechische-Entdeckung“ nichts als eine Fata Morgana, die wir so schnell wie möglich auf sich beruhen lassen müssen.

Der jüngste moderate Anstieg des realen BIP, in Höhe von 0,7 Prozent, signalisiert nicht das Ende der Rezession (wie sie ausgerufen wurde), sondern vielmehr deren Fortsetzung. Denken Sie daran: Die gleichen offiziellen Quellen berichten für das gleiche Quartal von einer Inflationsrate von -1,80 Prozent, das heißt Deflation. Was bedeutet, dass die 0,7 Prozent Anstieg des realen BIP auf einer negativen Wachstumsrate des nominalen BIP beruhen! Mit anderen Worten, die Preise sanken schneller als das nominale Nationaleinkommen. Nicht gerade ein Grund zur Verkündigung des Endes von sechs Jahren Rezession!

Erlauben Sie mir, Ihnen zu erklären, dass dieser Versuch, durch eine neue Version von „griechischen Statistiken“ die anhaltende Krise in Griechenland als vorüber zu erklären, eine Beleidigung für alle Europäer ist, die zu guter Letzt verdienen, die Wahrheit über Griechenland und über Europa zu erfahren.

Also, lassen Sie mich ehrlich sein: Griechenlands Schulden sind derzeit nicht nachhaltig und werden nie bedient werden, vor allem nicht während Griechenland einem kontinuierlichen fiskalischen Waterboarding unterzogen wird. Das Beharren auf dieser Sackgassen-Politik und die Verweigerung der einfachen Arithmetik, kommt den deutschen Steuerzahler teuer zu stehen, während auf einmal die stolze europäische Nation in die Lage einer permanenten Demütigung gerät. Was noch schlimmer ist: Auf diese Weise dauert es nicht lange, bis die Deutschen sich gegen die Griechen wenden, die Griechen gegen die Deutschen und, nicht überraschend, das europäische Ideal katastrophale Verluste erleidet.

Deutschland, und insbesondere die hart arbeitenden deutschen Arbeiter, haben nichts von einem SYRIZA Sieg zu fürchten. Das Gegenteil gilt. Unsere Aufgabe ist es nicht, unsere Partner zu konfrontieren. Es geht nicht darum, größere Kredite oder das Recht zu höheren Defiziten zu sichern. Unser Ziel ist vielmehr die Stabilisierung des Landes, ausgeglichene Haushalte und natürlich ein Ende dieses großen Drucks auf den schwächeren griechischen Steuerzahler im Rahmen einer Kreditvereinbarung, die einfach nicht durchsetzbar ist.

Wir sind verpflichtet, die „erweitern und so tun als ob“-Taktik nicht nur gegenüber den deutschen Bürgern zu beenden, sondern im Hinblick auf die gegenseitigen Vorteile für alle Europäer.

Liebe Leser, ich verstehe, dass hinter Ihrer „Nachfrage“, ob unsere Regierung alle ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllt, „sich die Angst verbirgt“, dass, wenn Sie uns Griechen eine Atempause verschaffen, wir wieder zu unseren schlechten, alten Gewohnheiten zurückkehren werden. Ich erkenne sie an, diese Angst. Anzeige

Doch lassen Sie mich sagen, dass es nicht SYRIZA war, die die Kleptokratie eingerichtet hat, die heute vorgibt, sich um die „Reformen“ zu bemühen, solange diese „Reformen“ nicht ihre unrechtmäßig erworbenen Privilegien beeinflussen. Wir sind bereit und willens, große Reformen umzusetzen, mit denen wir versuchen, nun den Auftrag aus den griechischen Wahlen umzusetzen, natürlich in Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern.

Unsere Aufgabe ist die Schaffung eines europäischen New Deal, in dem unser Volk atmen kann und in Würde leben.

Eine große Chance für Europa ist im Begriff, in Griechenland geboren zu werden. Diese Gelegenheit zu verpassen, kann sich Europa kaum leisten.

Quelle: www.zerohedge.com

Vortrag mit Diskussion

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG Sachsen-Anhalte.V.,

19.02.2015 Beginn 18:00 Uhr, Linker Laden, 06108 Halle, Leitergasse 4

Ukraine 2014 - Wege in die Krise, Wege aus der Krise

Die Ukraine ist 2013/14 in die größte Krise seit Bestehen als unabhängiger Staat geraten. Diese Krise hat sich schnell zu einer ausgemachten Staatskrise entwickelt, die sofort alle unmittelbaren Nachbarn elektrisierte. In besonderer Weise sind die Europäische Union und Rußland herausgefordert. Leichter lassen sich die Wege in die gefährliche Krise nachziehen, schwerer ist es, mögliche Auswege zu bedenken.

Mit Holger Politt (rls Berlin)

V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt

KONTAKT: RLS REGIONALBÜRO Halle, Leitergasse 4, 06108 Halle,

TEL/Fax: 0345-2025594, email: gs-halle@rosaluxsa.de